

Kritische Gedanken zu den Reformen im schweizerischen Bildungswesen und der Unterwanderung unserer Demokratie.

Je länger man sich mit den „Fortschritten“ unserer Bildungsreformen beschäftigt, desto mehr muss man mit Bedauern feststellen, dass alle bürgerlichen Parteien die zielstrebige, orchestrierte Attacke der EU und OECD auf unser – einst von derselben OECD mit Recht als vorbildlich gepriesenes – Bildungssystem geschehen liessen, das heisst eine Attacke auf die Basis unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems. Das Vorgehen dieser internationalen Organisationen geht über unser Bildungssystem hinaus, es ist ein umfassender Angriff auf unsere demokratische Verfassung, mit Aushebelung des Souveräns.

Die SVP hat in ihrem neuesten Parteiprogramm zwar löblicherweise eine kritische Haltung gegenüber dem Lehrplan 21 (LP21) verabschiedet, aber Auswirkungen auf das Benehmen ihrer Parteivertreter in den Erziehungsdepartementen kann man keine feststellen. Es wird, egal was die Partei sagt, von ihren Exponenten weiter an einer möglichst schnellen Implementation dieses unseligen Lehrplans weitergearbeitet, Dies auch, wenn hängige Volksinitiativen zur Abstimmung geführt werden sollten. So zB. von Walter Stählin, SVP, Vorsteher des Bildungsdepartements Kt. SZ.

Das FDP Bildungsprogramm könnte von einer Werbeagentur geschrieben sein. Es handelt sich hier um einen Wunschkatalog, der die schwächste Form einer europäischen Bildungspolitik beschreibt. Man formuliert politische Platitüden, wie sie international von Forschungskommissionen angepriesen werden. Was man nicht zur Kenntnis nimmt, ist die Tatsache, dass die erstrangigen Institute und wissenschaftlichen Spitzenleute meist in diesen Kommissionen nicht vertreten sind, die haben nämlich Besseres zu tun, sie sind mit Forschung und Lehre beschäftigt.

Durch das Engagement gegen den LP21 sind wir auf eine sehr brisante Veröffentlichung aufmerksam gemacht worden. Es handelt sich um eine Arbeit (Dissertation Tonia Bieber, Uni Bremen, erstellt 2010, publiziert 2013) über *soft governance* („sanfte Lenkung“) und die Art und Weise, wie man von aussen via Internationale Organisationen (konkret: Europäische Kommission und OECD) die politischen Prozesse eines demokratischen Landes beeinflussen und unterwandern kann. Dies wird aufgezeigt an dem in diesem Zusammenhang wohl schwierigsten Beispiel, der Schweiz.¹ Der Text ist eine reine Programmbeschreibung, durchexerziert am Beispiel von Schulreformen. Die vermutlich im Auftrag schreibende Autorin stösst sich offensichtlich nicht an der Subversivität des

¹ Die Arbeit ist in Englisch (<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2013/4163/>), eine deutsche Übersetzung wurde angeblich abgeblockt. Schon der Abstract gibt einen erschreckenden Einblick in die Denk- und Vorgehensweise:

ABSTRACT. This paper analyzes the importance of governance of international organizations (IOs) to Swiss policy making in the field of education. The focus is on the Bologna Process driven by the European Commission, and the ‘Programme for International Student Assessment’ (PISA) of the Organization for Economic Cooperation and Development (OECD). The theoretical framework draws on sociological institutionalism and rationalism. The results demonstrate that IOs gave impulses for domestic reforms by applying diverse governance instruments. National transformation capacities of veto-players and cultural guiding principles on education in Switzerland were not able to hinder these impulses as supposed. Instead, the empirical findings show a surprisingly high impact of IO governance instruments, particularly of standard setting, coordinative activities and discursive dissemination on reforms in Swiss education policy-making. This is because IO governance modified domestic guiding principles on education so that they matched those of the IOs. Another reason is that the domestic level strategically used the international initiatives of PISA and Bologna to overcome long-standing backlog of reform.

Vorgehens. Es ist unverständlich, dass diese von Bundesbern noch unterstützte Unterminierung der Schweiz keine Diskussion hervorgerufen hat. Die Autorin publizierte eine (zensurbereinigte) Liste mit welchen Vertretungen schweizerischer Behörden sie über dieses Thema Interviews führte. Diese revolutionäre Umgestaltung unserer Schulen wurde bewusst geplant. Was man über die Indoktrinierung der Jugend und die Steuerung des Bildungswesens erreichen kann, auch wenn dieser Weg von sämtlichen diktatorischen Regimes jeweils zielstrebig eingeschlagen wurde, scheint unsere bürgerlichen Parteien nicht zu beunruhigen. Die Zerstörung unseres hervorragenden Bildungssystems ist die eigentliche Zerstörung unseres rohstoffarmen Landes und seiner Wirtschaft. Leider ist sie schon sehr weit fortgeschritten.

Die Hochschulen sind mit Bologna qualitativ abgewirtschaftet worden. Die Maturität hat an Bedeutung verloren, sie ist nicht viel mehr wert als ein amerikanischer Highschool Abschluss. Für eine Aufnahme an die weltbesten Universitäten müssen sich die Schweizer nicht mehr melden. Die Vorbereitungen einer normalen Latein-Matura reichen heute nicht mehr aus, um die Anforderungen der amerikanischen SAT's (Scholastic Aptitude Tests) auf dem notwendigen höchsten Punktestand zu erfüllen. Die ersten zwei Semester an der ETH sind in einigen Fächern eher auf der Stufe der ehemaligen Gymnasialebene anzusiedeln. Dafür haben wir jetzt einige tausend Studenten mehr. Also ein riesiger Fortschritt für die Statistiken der OECD und der EU. Dies wird auch in der Bieber Schrift positiv als Abbau des schweizerischen Bildungs-Reformstaus gewürdigt. Die einmalige breite schweizerische Qualität wird durch international genormte Quantität ersetzt.

Der Angriff auf unser schweizerisches Bildungssystem ist exemplarisch für eine erfolgreiche Subversion unserer Demokratie. Der kritische Stoss erfolgte gleich zu Beginn, als noch niemand auf einen solchen Angriff gefasst war. Das Bildungswesen in der Schweiz ist kantonal verwurzelt, dh. man musste mit einer Hochschul-Reform (Bologna) starten, wo die breite Basis nicht betroffen war und dem Bund wesentlich mehr Einfluss zur Verfügung steht. Dann konnte man das weitere Vorgehen mit der Begründung der Anpassung nach oben vorantreiben. Eine von den OECD-Funktionären wohl-durchdachte bildungsthematische Strategie und Durchführung! Konstruktivismus, Kompetenzen und Ideologie sind schön systematisch entwickelt worden. Dass man schon beim Einführen des Konstruktivismus eine grosse Gegenaktion hätte starten müssen, ging völlig unter. Diese Philosophie ist die Grundlage, dass Fachwissen, als Basis von Bildung, in der Schule keinen Platz mehr hat. Man schreibt das Erlernen von sozialem Verhalten und Lernmechanismen vor (Kompetenzen). Der ideologisch gesteuerte Bildungs-Inhalt wird mit den Lehrbüchern nachgeliefert, und die erscheinen dann bereits fertig gedruckt, da kann man nichts mehr ändern.

Freie Übersetzung des in der Fussnote zitierten **ABSTRACTS**.

Diese Arbeit analysiert die Bedeutung der durch Internationale Organisationen (IOs) auf die Entscheidungsprozesse im Bereich der schweizerischen Bildungspolitik ausgeübte Steuerung/Lenkung (governance). Der Fokus liegt auf dem Bologna Prozess, vorangetrieben durch die europäische Kommission, und auf PISA, dem Testprogramm der OECD. Die theoretische Grundlage basiert auf soziologischem Institutionalismus und Rationalismus. Die Resultate zeigen, dass die IOs Impulse für innerstaatliche Reformen gaben, und zwar durch Anwendung verschiedener Lenkungs-Instrumente. Die nationalen Handlungsfähigkeiten der Veto-Parteien und die kulturellen Leitprinzipien des schweizerischen Schulwesens waren nicht imstande diese Impulse zu verhindern, wie ursprünglich angenommen wurde. Dagegen zeigen die empirischen Erkenntnisse eine erstaunlich hohe Wirkung von Lenkungsinstrumenten der IOs, im speziellen auf Standard-Rahmenbedingungen, koordinierende Aktivitäten und gesprächsorientierte Verbreitung über Reformen bei der schweizerischen Bildungspolitik. Dies ist so, weil die IO Lenkung die schweizerischen Leitprinzipien im Schulwesen veränderte, so dass sie denen der IOs angeglichen wurden. Ein weiterer Grund ist, dass die inländischen Vertreter die internationalen Initiativen von PISA und Bologna strategisch nutzten, um einen langanstehenden Reformen-Rückstau zu überwinden.